

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Krankenhausausschusses am 16.06.1999**

---

Sitzungsort:  
Konferenzraum der  
Krankenhausverwaltung

Sitzungsdauer:  
17.00 Uhr - 19.20 Uhr

Anwesend waren:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsherr Hans Abels für Ratsfrau Elfriede Meyer  
Ratsherr Reinhard Docter  
Ratsfrau Herta Everwien  
Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt  
Beigeordneter Wilhelm Leeker für Ratsherrn Hans Grigull  
I. Bürgermeisterin Lina Meyer

#### **CDU**

Ratsfrau Sieglinde Kaune - Vorsitzende -  
Beigeordneter Heinz Werner Janßen für Beigeordneten Helmut Bongartz

#### **Bündnis 90/Die Grünen**

Ratsherr Günter Strelow

### **Nichtstimmberichtigte Mitglieder**

**F.D.P.** (Grundmandat)  
Ratsherr Erich Bolinius

#### **Beratendes Mitglied**

Herr Johann Janssen

#### **von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Ludwig Hemken  
Städt. Direktor Klaas Alberts  
Ärztl. Leiter Dr. Wilhelm Janssen  
Komm. Pflegedienstleiter Günther Escher  
Controller Dietmar Bretzler  
Stv. Personalratsvorsitzende Anneliese Mietz  
Frau Edeltraut Boomgaarden als Protokollführerin

#### **als Gäste:**

Herr Pallentin, AOK-Beratungszentrum Leer  
Herr Gründker, BKK VW  
Herr Pollmann, Gewerkschaft ÖTV

#### **2 Vertreter der örtlichen Presse**

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Krankenhausausschusses am 16.06.1999**

---

Punkt 1: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlußfähigkeit

**Frau Kaune** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlußfähigkeit fest.

Punkt 2: Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt 3: Genehmigung der Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Krankenhausausschusses am 12.11.1997

Beschluß: Die Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Krankenhausausschusses am 12.11.1997 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 4) und des Krankenhausausschusses (Nr. 6) am 20.11.1997

Beschluß: Die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 4) und des Krankenhausausschusses (Nr. 6) am 20.11.1997 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 5: Genehmigung der Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 9) und des Krankenhausausschusses (Nr. 7) am 13.10.1998

Beschluß: Die Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses (Nr. 9) und des Krankenhausausschusses (Nr. 7) am 13.10.1998 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt 6: Vorlage 13/907  
Rechtsformänderung des Krankenhauses

**Herr Hemken** zitiert einleitend einen Kommentar in der Emdener Zeitung vom 17.07.1991, wonach die ÖTV, der Krankenhauspersonalrat und die Emdener SPD eine Änderung der Organisationsform des Hans-Susemihl-Krankenhauses gefordert hätten. Seit nunmehr 8 Jahren werde also eine Änderung der Rechtsform diskutiert. Das Kommunalverfassungsrecht lasse seit 1996 auch für Krankenhäuser die Rechtsform einer GmbH zu.

Angesichts der zu erwartenden drastischen Änderung der Rahmenbedingungen sei es notwendig, die jetzige Rechtsform des Regiebetriebes abzulegen. Anhand einer Übersicht, die zuvor an die Ausschußmitglieder verteilt worden war, erläutert Herr Hemken nunmehr nacheinander die Rechtsformen des Regiebetriebes, des Eigenbetriebes und der Eigengesellschaft und vergleicht sie miteinander.

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Krankenhausausschusses am 16.06.1999**

---

Die Verwaltung, so führt er danach aus, plädiere für die Rechtsform der GmbH, bei der Fachkompetenz und Entscheidung in einer Hand lägen. Sie beinhalte darüber hinaus eine strikte Trennung der Entscheidungs- und Kontrollebene.

Schließlich erläutert Herr Hemken noch die Entwürfe des Gesellschaftsvertrages und des Überleitungsvertrages, die der Vorlage beigelegt sind.

**Herr Dr. Kleinschmidt** begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, dem Krankenhaus eine andere Rechtsform zu geben, stellt jedoch gleichzeitig fest, daß das Thema in den Fraktionen noch nicht genügend diskutiert sei. Er schlägt vor, sich mit Vertretern der Krankenhäuser, die bereits die Rechtsform der GmbH bzw. des Eigenbetriebes angenommen haben, auszutauschen.

**Herr Janßen** stimmt Herrn Dr. Kleinschmidt zu. Aus Kostengründen sollten jedoch die Vertreter der anderen Häuser zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen werden.

**Herr Bolinius** ist sehr erfreut über die Vorlage. Die F.D.P. fordere seit mehreren Jahren die Umwandlung des Regiebetriebes. Kritisch äußert er sich über die große Kompetenz des Geschäftsführers und den Vorsitz des Oberbürgermeisters im Aufsichtsrat der GmbH. Ein Besuch in Häusern, die bereits die Rechtsform der GmbH resp. des Eigenbetriebes angenommen haben, begrüße er.

**Herr Strelow** schließt sich bzgl. des Besuches anderer Häuser der Meinung des Herrn Bolinius an. Bei der Lösung der GmbH schreke er jedoch vor der "geballten Fachkompetenz" zurück. Seiner Meinung nach liege zu viel Macht in der Hand des Geschäftsführers.

**Frau Mietz** spricht die Personalversammlung sowie den internen Informationsaustausch zwischen Verwaltung und Personalrat an. Sie kritisiert die Zusammenarbeit, denn sowohl der Gesellschaftsvertrag als auch der Personalüberleitungsvertrag sei ohne Personalratsbeteiligung erarbeitet worden.

Die Rechtsform des Eigenbetriebes solle nicht außer Acht gelassen werden; daher beantrage der Personalrat eine genaue Prüfung der Möglichkeit eines Eigenbetriebes.

**Herr Pollmann** begrüßt die Absicht der Stadt Emden, die Krankenhausstruktur zu ändern. Dies sei Voraussetzung für die Sicherstellung einer leistungsfähigen Gesundheitsversorgung. Grundlegende Entscheidungen müßten politisch verantwortet werden. Bei einer GmbH sei die gesundheitspolitische Einwirkungsmöglichkeit reduziert.

Die Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) müsse Verpflichtung sein. Der Kostendruck werde in den nächsten Jahren sicher steigen. Eine GmbH könne selbst den Austritt aus dem KAV beschließen.

Er sehe zwei Gefährdungspotentiale:

- Die Eigengesellschaft rücke immer weiter weg von der Politik.
- Das Niveau der Arbeitsbedingungen werde nicht gehalten.

Die angestrebten Ziele (Fachkompetenz, schnelle Entscheidungswege, Verantwortung) könnten auch mit der Eigenbetriebsform erreicht werden.

**Herr Leeker** bemerkt, in Zukunft müsse etwas mit dem Krankenhaus geschehen. Ob jedoch die Form der GmbH das Richtige sei, müsse noch interfraktionell erörtert werden.

**Frau Kaune** faßt die Diskussion mit der Feststellung zusammen, es sei gar nicht so einfach, Gutes zu tun.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

## **Niederschrift Nr. 8 über die öffentliche Sitzung des Krankenhausausschusses am 16.06.1999**

---

Punkt 6a: Vorlage 13/907/1  
Rechtsformänderung des Krankenhauses

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt 7: Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

Punkt 8: Anfragen

K e i n e

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.20 Uhr.